

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 61 Postulat Roos Guido und Mit. über das Leistungsangebot des Luzerner Kantonsspitals / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 61 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Guido Roos hält an der Dringlichkeit fest.

Guido Roos: Aufgrund der fünf von unserem Rat überwiesenen Einzelinitiativen hat die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) einen Vorschlag zur Änderung des Spitalgesetzes erarbeitet. Aktuell läuft die Vernehmlassung dazu. Basierend auf diesen Ergebnissen wird unser Rat das Spitalgesetz nächstes Jahr beraten. Bis dahin wird auch die Wirtschaftlichkeit des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) mit seinen drei Standorten absehbar sein. Parallel zur Änderung des Spitalgesetzes erarbeitet die Regierung zurzeit den Planungsbericht Gesundheit. In diesem Planungsbericht werden Vorentscheide beziehungsweise sogar Entscheide bezüglich der Disziplinen an den drei LUKS-Standorten getroffen. Das vorliegende Postulat verlangt, den Variantenfächer zu verbreitern und eine externe Sicht einzubringen. Damit erhält das LUKS die Chance, die Wirtschaftlichkeit seiner drei Standorte und somit der Gesamtunternehmung zu stärken. Dieser Auftrag muss aber jetzt erteilt werden. Ich bitte Sie im Namen der Mitte-Fraktion, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Adrian Nussbaum: Es laufen verschiedene Prozesse, um die Weichen für unsere Spitallandschaft für die nächsten 20 bis 30 Jahre zu stellen. Von verschiedenen Angehörigen des LUKS – insbesondere innerhalb der Arbeitsgruppe für das Spital Wolhusen – waren komplett widersprüchliche Aussagen zur Wirtschaftlichkeit des Spitals Wolhusen zu hören. Ich bin klar der Meinung, dass wir die aktuelle Planung nicht auf der Basis von Widersprüchen vornehmen sollten. Ich bitte Sie deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Es ist wichtig, die Einzelinitiativen sowie den Planungsbericht Gesundheit als Ganzes zu sehen. Deshalb ist es richtig, dass wir diese Fragen heute stellen, damit sie in den Planungsbericht einfließen können. Wir finden es auch wichtig, dass wir uns nicht zu verzetteln beginnen und verschiedenste Vorstösse zu diesem Thema einreichen, denn so kommen wir nie zu einem Ende. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuur.

Michaela Tschuur: Es ist mir durchaus bewusst, dass das Leistungsangebot des Spitals Wolhusen, gerade auch mit Blick auf diverse Leserbriefe, nicht nur die Bevölkerung beschäftigt, sondern auch das Parlament. Es beschäftigt aber auch mein Departement sowie

die GASK. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass wir uns jetzt nicht verzetteln sollten. Derzeit laufen im Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) diverse Abklärungen bezüglich des Leistungsangebots in Wolhusen. Diese Abklärungen werden im Planungsbericht Gesundheit Eingang finden. Der Planungsbericht wird in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder Einzug in die GASK finden. Die GASK wird die Möglichkeit erhalten, beim Planungsbericht frühzeitig mitzureden. Parallel zum Gegenentwurf der GASK läuft die Vernehmlassung zu den Einzelinitiativen. Haben Sie bitte den Mut, diese Unsicherheit noch etwas auszuhalten. Jetzt geht es darum, dass wir im GSD arbeiten können. Das Anliegen erträgt daher aus Sicht der Regierung durchaus einen gewissen zeitlichen Aufschub und wird im Rahmen einer späteren Session nicht gegenstandslos. Das Thema kann zudem im Rahmen einer nächsten Session ordentlich traktandiert werden. Aus diesen Gründen kommt die Regierung zum Schluss, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 75 zu 38 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.